

Fraktionsvorsitzender Frank Theile

Erklärung der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei zum Haushaltsentwurf der Landeshauptstadt Magdeburg 2014

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
werte Gäste,

Oberbürgermeister Dr. Trümper und die Stadtverwaltung legen heute nunmehr zum dritten Mal in Folge einen in Ausgaben und Einnahmen rechnerisch ausgeglichenen Haushalt zur Beratung und Beschlussfassung vor. (Trotz der überraschenden Kürzungen von 3 Mio. Euro durch das Land, die jedoch in ihrer vorgeschlagenen Umsetzung im Haushalt leider nicht nachvollziehbar sind.)

Wir anerkennen und wertschätzen die in allen Dezernaten und Fachbereichen geleistete intensive Vorbereitungsarbeit und möchten Ihnen, Herr Oberbürgermeister, sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung hierfür unseren herzlichen Dank aussprechen.

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass sich die Verwaltung mit diesem Haushaltsentwurf strikt an die Beschlussfassung des Stadtrates zur Haushaltskonsolidierung hielt - und dies trotz erheblicher finanzieller Folgeschäden durch die Hochwasserereignisse vom Juni diesen Jahres.

Natürlich wissen wir, dass die hierfür in 2014 im Stadthaushalt vorgesehenen rund 25 Mio. Euro sowie die bis 2016 insgesamt veranschlagten ca. 230 Mio. Euro nicht der Leistungskraft oder dem Vermögen der Landeshauptstadt entspringen. Mit den in dieser Dimension bereitgestellten bzw. beantragten EU-, Bundes- und Landesmitteln muss und kann die Landeshauptstadt in den engen Grenzen von Zuwendungsbestimmungen ausschließlich die Folgen des Hochwassers beseitigen bzw. notwendige Präventionsmaßnahmen zum Schutz gegen die Auswirkungen möglicher zukünftiger Hochwasser umsetzen.

Dass solche investiven Maßnahmen dringend notwendig und richtig sind, wird sicherlich niemand ernsthaft bestreiten wollen – aber was bleibt darüber hinaus, für all die nicht weniger wichtigen, für die Zukunft, für die Attraktivität und das Funktionieren des Gemeinwesens erforderlichen Investitionen im Stadthaushalt übrig? Am Gesamtvolumen des Haushalts von rund 595 Mio. Euro gemessen: Nichts oder besser gesagt fast nichts!

Auch wenn von den rund 40 Mio. Euro für geplante neue Investitionsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2014 etwa die Hälfte für Investitionen in Kitas und Schulen fließen sollen – was wir als LINKE Fraktion in jeder Hinsicht unterstützen – so müssen wir jedoch kritisch feststellen, dass im Grunde genommen seit 2009 der Anteil der im Haushalt eingestellten Mittel für notwendige Investitionen in das Vermögen der Landeshauptstadt kontinuierlich sinkt. Hinzukommt, dass der Stadthaushalt gleichzeitig Abschreibungen zu verkraften hat, welche die vorgenannte Summe der Investitionen deutlich übersteigen.

Betrachtet man diese, nunmehr seit mehreren Jahren anhaltende Entwicklungen im Zusammenhang, wird auch mit diesem Haushalt leider nichts anderes erreicht, als ein langsamer aber stetiger Abbau an der Substanz und am Bestand des kommunalen Vermögens. Die meisten von uns werden sich leider noch allzu gut daran erinnern, wohin solche Verwerfungen, damals unter der Überschrift „Planwirtschaft“, führen können – dies werden wir nicht mittragen.

Jawohl, Herr Finanzbeigeordneter Zimmermann, wir stimmen Ihnen vollkommen zu, wenn Sie als Fazit Ihrer Erläuterungen zur Entwicklung der Zuwendungen für 2014 aus dem Finanzausgleichsgesetz, welche sich im Vergleich zu 2013 trotz allgemein steigender Kosten einer geringen aber trotzdem vorhandenen Inflationsrate und anderer kostenerhöhender Faktoren, leider nur marginal verändert haben, feststellen:

- „das FAG muss auch zukünftig Aufgaben vollumfänglich finanzieren;
- zusätzliche Aufgaben müssen bedarfsorientierte Finanzmittel bedeuten;
- das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden.“

Wir stimmen Ihnen auch z. T. sogar noch in der inhaltlichen Kritik hinsichtlich der Fehlerhaftigkeit des FAG zu:

- Abschreibungen werden im Bedarf nicht berücksichtigt;
- der Remanenzkostenausgleich von Dessau-Roßlau darf nicht zu Lasten der Finanzbedarfe der Städte Halle und Magdeburg gehen;
- die Konsolidierungserfolge finden noch immer keine hinreichende (haushaltswirksame) Anerkennung.

Aber das alles ist ja seit Jahren nichts Neues. Als Kommunalpolitiker/innen einer LINKEN Fraktion müssen wir Sie jedoch fragen, was haben Sie, bzw. was hat Ihre Partei im Land in Koalition mit der SPD und im Bund vormals in Koalition mit der FDP, Konkretes unternommen, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte Haushalts-ausstattung – die wir im Haushaltsansatz 2014 in keiner Weise realisiert sehen – herzustellen?

Es ist in diesem Zusammenhang schlicht ein Unding, in welchem Umfang und auf welche Art und Weise die nunmehr bereits seit Jahren vorgenommenen Haushalts- und Wirtschaftskonsolidierungsbemühungen der Landeshauptstadt Magdeburg nur wenige Stunden vor unserer heutigen Beratung durch CDU/SPD geführte Landesbehörden erneut konterkariert werden.

Nicht die Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs haben über Ihre Verhältnisse gelebt und müssen dafür nun mit weiteren 3 Millionen Euro Einsparungen für den notwendigen haushalterischen Ausgleich sorgen, sondern ein untaugliches, weil in der Systematik falsches, Finanzausgleichsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gegenüber Kommunen und ein nur noch als Lobbypolitik zu bezeichnendes Vorgehen von Landespolitikern und Behörden zu Gunsten der kreisfreien Stadt Halle sorgen dafür, dass Kommunen und Bürger/innen für erfolgreiche Haushaltskonsolidierung de facto „bestraft“ und im Ringen um die notwendigen Finanzausgleichsmittel regelrecht gegeneinander ausgespielt werden.

Als LINKE-Stadtratsfraktion in der Landeshauptstadt Magdeburg werden wir uns deshalb nicht daran beteiligen, treu und brav unsere Hand für einen vermeintlich ausgeglichenen Haushalt zu heben, um nach außen, das heißt gegenüber den Magdeburgerinnen und Magdeburgern zu dokumentieren: Es ist ja alles in Ordnung und es kann so weiter gehen.

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, ich möchte mich einer weiteren Problematik des vorliegenden Haushaltsentwurfes zuwenden: Wichter Bestandteil des kommunalen Vermögens und damit Quelle für Erträge oder Instrument zur Erfüllung wirtschaftlich eher weniger Rendite versprechender Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge sind die kommunalen Unternehmen. Hier wiederum ganz besonders diejenigen, die sich in 100-iger oder mehrheitlicher Hand unserer Landeshauptstadt befinden.

Wir meinen, egal ob man diese Unternehmen bezüglich ihrer Rolle als wichtiger „Lieferant“ dringend benötigter Einnahmen oder eher als zuverlässiger Dienstleister oder als beides betrachtet: Sie verdienen besondere Beachtung, damit sie auch zukünftig ihren Aufgaben im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Stadt bzw. zur Konsolidierung des Stadthaushaltes nachkommen können. Eine besonders wichtige Aufgabe der Landeshauptstadt kommt der Sicherstellung des öffentlichen Personennahverkehrs zu.

Mit dieser Aufgabe sind seit vielen Jahren die Magdeburger Verkehrsbetriebe betraut. Die an die MVB auf der Grundlage der Betrauungsvereinbarung und gesetzlicher Vorgaben zu entrichtenden öffentlichen Finanzmittel stellen auch im Jahr 2014 einen der größten Ausgabeposten des Stadthaushaltes dar.

Unter anderem um diese Kostenposition soweit als möglich zu reduzieren, absolvierte die MVB in den zurückliegenden Jahren einen umfassenden Restrukturierungsprozess. Dieser Restrukturierungsprozess führte nach Auffassung meiner Fraktion zu deutlichen Verbesserungen der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens. Er hat aber nach Ansicht meiner Fraktion bereits seit geraumer Zeit auch einen Punkt erreicht, an welchem weitere Einsparungen nicht mehr möglich sind, ohne dem Unternehmen in seinem Bestand zu schaden oder deutliche Abstriche an der Qualität bzw. dem Umfang der Nahverkehrsdienstleistungen in Kauf nehmen zu müssen. (Hinweis auf nicht abreißende Kritiken an den MVB.)

Auch die Beteiligung des Unternehmens am Regionalverkehrsverbund „MAREGO“ stellte sich offensichtlich, zumindest nach den bisherigen Einnahmeverteilungsverfahren zwischen den beteiligten Unternehmen, eher als ein finanzieller Flop für unser Magdeburger Verkehrsunternehmen dar.

Unter anderem die anteilige Kostentragung von rund 115 T€ für die Finanzierung der Magdeburger Regionalverkehrsverbund GmbH (Overhead), welche das Unternehmen und damit letztlich auch der Stadthaushalt verkraften muss, dürfte angesichts von Fahrpreissteigerungen im deutlich zweistelligen Bereich in 2013 und zu erwartenden Fahrpreiserhöhungen in 2014 den Magdeburger Fahrgästen der MVB, von denen die allerwenigsten die angedachten Effekte von MAREGO nutzen, kaum noch als sinnvoll zu vermitteln sein.

Die wachsenden Probleme der MVB spiegeln sich jedoch nach unserer Ansicht im vorliegenden Haushalt der Landeshauptstadt überhaupt nicht wider – oder besser gesagt, sie wurden bereits im Prozess der Haushaltsaufstellung im Interesse der Erreichung eines ausgeglichenen Haushaltsentwurfs schlicht und einfach ignoriert.

So teilte der Oberbürgermeister den MVB am 14.10.2013 mit (Zitat):

„Ich muss Ihnen (gemeint MVB, d. Verf.) leider mitteilen, dass die Landes-hauptstadt aufgrund der eigenen Haushaltskonsolidierung sich nicht in der Lage sieht, zusätzliche Mittel im Rahmen der Ausgleichszahlung der Betrauungsvereinbarung **für das Jahr 2014 und die Folgejahre** bereitzustellen. [...] Ich möchte Sie bitten, die mir vorgelegte Planung nochmals zu überarbeiten **und den städtischen Haushaltsansätzen anzupassen.**“ (Was heißt denn das? Wir beseitigen also nicht die Probleme, sondern wir machen die Pläne passend – dies hatte bereits vor 24 Jahren schon einmal ein verheerendes Ende genommen.)

Aus dem folgenden Schriftwechsel zwischen der MVB und dem Oberbürger-meister geht u. a. weiterhin hervor, dass im Haushaltsjahr 2014 ein dringend abzuarbeitender Instandhaltungsrückstau aus 2013 und planungsseitig durch die MVB nicht abdeckbare Instandhaltungsleistungen in 2014, in Summe über 3,7 Mio. Euro, vorliegen. (über die die Flutschäden hinausgehende notwendige Instandhaltung.)

Im Haushaltsansatz 2014 der Landeshauptstadt ist ein irgendwie gearteter Ausgleich in dieser Größenordnung jedenfalls nicht zu entdecken.

Es klingt dann schon fast wie „Notwehr“, wenn das Unternehmen MVB sich in diesem Zusammenhang gezwungen sieht, sehr eindringlich darauf hinzuweisen: (Zitat)

„Die im weiteren Verlauf **ab 2015 geforderte Rückführung der städtischen Zuschüsse auf das Plandatum vom 15.08.2012** birgt für die MVB GmbH & Co KG ein erhebliches Risiko, die uns anvertrauten Verkehrssicherungspflichten, abgeleitet aus § 823 Abs. 1 BGB, zu erfüllen. Dem Unternehmen und den zuständigen Mitarbeitern drohen in Folge nicht erfüllter Verkehrssicherungspflichten Schadenersatzforderungen sowie strafrechtliche Konsequenzen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Stadthaushalt, der zwar mathematisch/rechnerisch ausgeglichen ist, der jedoch in seiner Ausgestaltung, wie am vorstehenden Beispiel erläutert, nicht den tatsächlichen Sachlagen und Erfordernissen entspricht, ist für Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei nicht zustimmungsfähig.

Um beim konkreten Beispiel zu bleiben, so scheint es doch offensichtlich zu sein, dass das bisherige System der Finanzierung der MVB, basierend auf Haushaltsleistungen gemäß der Betrauungsvereinbarung, sowie gesetzlicher Zuwendungen des Landes und des Bundes, untauglich ist, die finanziellen Anforderungen eines modernen Nahverkehrsunternehmens zukünftig dauerhaft, sicher und bezahlbar zu gewährleisten.

Wir fordern die Stadtverwaltung daher auf endlich kreativ zu werden, unsere Bemühungen zu unterstützen und mit uns ein Modell für einen fahrscheinlosen öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln, dessen Wesen in einer von allen Bürgerinnen und Bürgern gemeinschaftlich zu finanzierenden und damit bezahlbaren Umlage besteht.

Dies ist nach unserer Auffassung der einzige und zugleich sozialverträglichste Weg, um dem Dilemma aus weiterhin klammen Haushaltskassen, steigenden aber trotzdem nicht kostendeckenden Fahrpreisen und aufwachsendem Instandhaltungsrückstau im ÖPNV der Landeshauptstadt Magdeburg zumindest mittelfristig entgegenwirken zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren ich möchte mich abschließend noch kurz dem größten Ausgabeposten des Stadthaushalts - den Sozialaufwendungen - zuwenden. Dieses Budget, das vornehmlich durch gesetzlich festgelegte Zuflüsse zum Haushalt gespeist wird, ist mit einem Umfang von 205 Mio. Euro im Vergleich zu 2013 in der Tat um rund 23 Mio. Euro angewachsen.

Leider ist dieser Aufwuchs nicht das Resultat einer besonders sozial eingestellten Haushaltsplanung im Ergebnis einer freien Ermessensentscheidung des Stadtrates, sondern dieser Kostenaufwuchs widerspiegelt vor allem die Tatsache, dass der Bedarf an gesetzlichen Transferleistungen bei Anspruchsberechtigten als Ausdruck anhaltender sozialer Verwerfungen in Magdeburg, im Vergleich zu 2013 deutlich gestiegen ist.

Dies ist alles andere als eine ermutigende Entwicklung!

Das fatale Ergebnis des vom Bund über die Länder nach unten durchgedrückten und damit erzwungenen „Kaputtsparens“ von Kommunen, das ich eingangs bereits näher beschrieben habe, schlägt sich an dieser Stelle auch in unserer Landeshauptstadt besonders hart nieder.

So bleiben eben keine zusätzlichen Mittel im Haushalt übrig, um der im Vergleich von 71 kreisfreien Städten Deutschlands im Rahmen einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln in Magdeburg festgestellten, hohen Zahl von Harz-IV-Empfängern (10.7%) bzw. der hohen Anzahl von Schulabgängern ohne Abschluss (13,4%), wirklich wirksam begegnen zu können. (Platz 57 von 70)

Für uns als LINKE Stadträtinnen und Stadträte kann es nicht das Ziel eines Haushaltsplanes sein, auf Kosten des Verzehrs bzw. des Verschleißes von kommunalen Vermögen oder des Zurücklassens Bedürftiger, Haushaltskonsolidierung quasi um jeden Preis zu betreiben.

Insbesondere von Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper, und von Ihnen, sehr geehrter Herr Finanzbeigeordneter Zimmermann, erwarten wir als LINKE-Stadtratsfraktion, dass Sie in Ihren eigenen Regierungskoalitionsreihen mehr tun als Jahr für Jahr öffentlichkeitswirksam die Mängel eines FAG zu beklagen, um uns dann im Stadtrat letztlich doch wieder einen Haushalt vorzulegen, der all die von Ihnen gerade eben so sehr beklagten Mängel geradezu „artig und gefolgsam“ kaschiert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Frank Theile
Vorsitzender

- Es gilt das gesprochene Wort -